

## Vorlage

der Berichterstatter/innen

an den Haushalts- und Finanzausschuss

### Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/800



#### Einzelplan 04

#### Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu Einzelplan 04 gemäß § 54 Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

<b>Hauptberichterstatter</b>	Abg. Olaf Lehne	CDU
<b>Berichterstatter</b>	Abg. Markus Weske	SPD
	Abg. Ralph Bombis	FDP
	Abg. Monika Düker	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Abg. Herbert Strotebeck	AfD

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu Einzelplan 04 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.



## Anlage

### Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zu Einzelplan 04 - Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz - am 28. November 2017

#### 1. Teilnehmerinnen / Teilnehmer

Abg. Olaf Lehne	CDU (Hauptberichterstatter)
Abg. Ralph Bombis	FDP
Abg. Verena Schäffer	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Abg. Herbert Strotebeck	AfD
LMR Jost-Michael Kausträter	Ministerium der Justiz
MR Dr. Christian Herzberg	Ministerium der Justiz
MR Jörg Ludley	Ministerium der Justiz
RD'in Sabine Mazannek	Ministerium der Justiz
RR Christian Stritzel	Ministerium der Justiz
ORR Markus Speier	Verfassungsgerichtshof
MR'in Brigitte Lohaus	Ministerium der Finanzen
RR'in Andrea Goschau	Ministerium der Finanzen
RR'in Beatrix Burtscheidt	Ministerium der Finanzen
RR Jan Jäger	Landtagsverwaltung

#### 2. Allgemeines

Die Berichterstatter der Fraktionen erörtern am 28. November 2017 den Einzelplan 04, Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz (Drucksache 17/800), unter Heranziehung des Erläuterungsbandes Vorlage 17/256 mit den zuständigen Vertretern und Vertreterinnen des Ministeriums der Justiz und des Ministeriums der Finanzen.

#### 3. Im Einzelnen

##### Kapitel 04 010 - Ministerium

Die Berichterstatterin der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hinterfragt die folgenden Punkte:

- Beim Titel 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter): Wieso wird die Anzahl der B2-Stellen von 19 auf 23 erhöht? Wieso werden laut Erläuterungsband hier 22 zusätzliche Stellen geschaffen? Wird auch bei den Stellen rund um den Justizvollzugsbeauftragten eingespart? *Antwort zu Protokoll: Die Fachaufsicht über den Justizvollzug soll optimiert werden. Zu diesem Zweck ist die Einrichtung einer neuen Organisationseinheit im Ministerium der Justiz vorgesehen. Die Stelleneinrichtung basiert auf den Planungen, eine neue Gruppe in der Justizvollzugsabteilung mit vier Referaten einzurichten. Aufgrund der für ein Ministerium vorgesehenen Organisationsstruktur ergibt sich die Veranschlagung der neuen Stellen in den angegebenen Wertigkeiten. Die genaue organisatorische Ausgestaltung wird aber derzeit noch erarbeitet.*

Mit dem Nachtragshaushalt 2017 wurden 3 Planstellen aus der Titelgruppe 70 (Justizvollzugsbeauftragter) in die Titelgruppe 71 (Beauftragte/r für den Opferschutz) verlagert. Während im Nachtragshaushalt 2017 nur die Mittel für den Monat Dezember 2017

verlagert wurden, berücksichtigt der Haushaltsentwurf 2018 nun den Bedarf für das gesamte Jahr. Die bei Titel 422 70 ursprünglich veranschlagten fünf Planstellen wurden vom Justizvollzugsbeauftragten nicht in vollem Umfang benötigt. Die im Haushaltsentwurf 2018 vorgesehenen 2 Planstellen stellen eine bedarfsgerechte Ausstattung sicher. Der Berichterstatter der AfD hinterfragt die folgenden Punkte:

- Beim Titel 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter): Gibt es im Bereich der A 11, A 12, A 13-Stellen zusätzliche Beförderungen? *Antwort zu Protokoll: Die Einrichtung der Planstellen ergibt sich aus der geplanten Einrichtung einer neuen Gruppe in der Justizvollzugsabteilung.*
- Warum wird die Nachwuchswerbung von 100.000 auf 1 Mio. € erhöht? Besteht insoweit ein Zusammenhang mit den im Einzelplan der Justiz neu eingerichteten Stellen?  
*Antwort zu Protokoll: Die Justiz Nordrhein-Westfalen hat regelmäßig einen hohen Personalbedarf. Hinzu kommen die Auswirkungen des demografischen Wandels. In den nächsten Jahren ist ein deutlicher Anstieg der Pensionierungszahlen zu erwarten, dem es zu begegnen gilt. Vor diesem Hintergrund ist die Nachwuchsgewinnung ein zentrales Zukunftsthema der Justiz NRW. Die Justiz befindet sich im Wettbewerb mit den Justizverwaltungen anderer Länder, sonstigen staatlichen Stellen sowie privaten Arbeitgebern. Vor diesem Hintergrund und auch mit Blick auf die im Haushaltsentwurf vorgesehenen zusätzlichen Stellen ist eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Nachwuchswerbung notwendig.*
- Wieso steigen die Ausgaben für Sachverständige und Honorarkräfte? Was verbirgt sich hinter Sachverständigen und Honorarkräften bei Titel 427 71?  
*Antwort zu Protokoll: Die bei Titel 427 71 veranschlagten Mittel sind für das Honorar der/des Opferschutzbeauftragten vorgesehen.*

#### **Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligungen**

Der Berichterstatter der AfD möchte wissen, warum beim Titel 441 01 (Beihilfen in Geburts-, Krankheits- und Todesfällen) der Ansatz von rund 72 Mio. € niedriger als im Jahr 2017 gewählt wurde? *Antwort zu Protokoll: Die Ausgaben für Beihilfen sind kaum abzuschätzen. Die Absenkung des Ansatzes erfolgte mit Blick auf die Ausgabenentwicklung des Jahres 2016.*

#### **Kapitel 04 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit**

Der Berichterstatter der AfD hinterfragt, warum beim Titel 111 01 (Gebühren und tarifliche Entgelte) der Ansatz um 57 Mio. € vermindert wurde und wieso bei Titel 532 39 (Vergütung für Dolmetscher und Übersetzer) der Ansatz um rund 5,5 Mio. € erhöht wird. *Antwort zu Protokoll: In den Einnahmen bei Titel 111 01 waren bisher auch die Gebühreneinnahmen der Gerichtsvollzieher enthalten. Diese sollen ab dem Jahr 2018 im Haushalt gesondert ausgewiesen und gebucht werden (vgl. Titel 111 50).*

Der Ansatz für Dolmetscher und Übersetzer wurde in Ansehung der Istentwicklung erhöht. Es besteht bei den Gerichten eine verstärkte Notwendigkeit zum Dolmetschereinsatz, der aufgrund der richterlichen Unabhängigkeit einer Steuerung durch die Ver-

waltung entzogen ist. Auf weitere Nachfrage: Es liegen dem Haushalt bisher keine Erkenntnisse vor, dass es generell zu Engpässen beim Einsatz von Dolmetschern in gerichtlichen Verfahren kommt. Dies dürfte allerdings auch von der jeweils benötigten Sprache abhängen.

Der Hauptberichterstatter der Fraktion CDU möchte wissen, warum bei Titel 111 20 (Einnahmen aus Prozesskostenhilfe) um 1 Mio. € erhöht wird. *Antwort zu Protokoll: Die Erhöhung des Ansatzes erfolgte in Anpassung an die Einnahmenentwicklung.*

Weiterhin hinterfragt der Hauptberichterstatter die Erhöhung der Stellenzahl für Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts. *Antwort zu Protokoll: Die im Haushaltsentwurf 2018 vorgesehene Einrichtung der zusätzlichen Planstelle der Besoldungsgruppe R 4 dient der Verstärkung des Oberlandesgerichts Düsseldorf insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Staatsschutz-Strafsachen.*

Außerdem möchte der Hauptberichterstatter wissen, wieso bei Titel 518 63 (Mieten und Pachten für Grundstücke) der Ansatz um rund 890.000 € erhöht wurde und hinterfragt auch den erhöhten Ansatz bei Titel 538 64 (Ausgaben für Datenverarbeitung). *Antwort zu Protokoll: Die bei Titel 518 63 veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die Anmietung von Räumlichkeiten für die zentrale IT-Betriebsstelle der Justiz („Rechenzentrum“). Bei Titel 538 64 sind Mittel für die Informationstechnik im Allgemeinen (ohne ERV) veranschlagt. Die Digitalisierung erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in der Titelgruppe. Außerdem sollen die bisher dezentral in den Fachkapiteln bei Titel 526 01 veranschlagten Mittel für die Informationssicherheit mit dem Haushalt 2018 zentral bei Titel 538 64 veranschlagt werden.*

#### **Kapitel 04 215 - Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften**

Der Berichterstatter der AfD möchte wissen, warum bei Titel 112 00 (Einnahmen aus der Vermögensabschöpfung) der Ansatz um 58 Mio. € erhöht wurde. *Antwort zu Protokoll: Zur Fragestellung wird einleitend auf die Ausführungen im Erläuterungsband zum Epl. 04 (Seite 25) verwiesen. Die Erhöhung erfolgt zum einen aus Anlass der zum 1. Juli 2017 in Kraft getretenen Neuregelungen der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung. Diese lassen aufgrund der Ausweitung der Einziehungsmöglichkeiten eine nachhaltige Steigerung der Abschöpfungszahlen und damit auch der Einnahmen aus der Vermögensabschöpfung erwarten. Zum anderen sind bei den Staatsanwaltschaften zahlreiche Verfahren aus dem Bereich der Wirtschafts- und Korruptionskriminalität anhängig (z.B. aus Anlass sog. „Steuer-CDs“). Außerdem wurde die Zentrale Organisationsstelle Vermögensabschöpfung Nordrhein-Westfalen (ZOV NRW) eingerichtet, die mit dem Haushalt 2018 durch 11 zusätzliche Planstellen und Stellen verstärkt werden soll. Hierdurch wird deren Tätigkeit erheblich intensiviert werden können. Vor diesem Hintergrund wurden die in Rede stehenden Einnahmen im Bereich der Vermögensabschöpfung veranschlagt.*

Der Hauptberichterstatter der Fraktion CDU hinterfragt den Minderansatz bei Titel 526 01 (Sachverständige) und möchte über diesen Einzelfall hinaus generell wissen, wieso bei Sachverständigen häufig niedere Ansätze als im Vorjahr veranschlagt werden. *Antwort zu Protokoll: Im Haushalt 2017 wurden in den Fachkapiteln des Einzelplans 04 dezentral Mittel für den Einsatz externer Sachverständiger/Berater im Bereich der IT-Sicherheit veranschlagt. Die Praxis zeigt, dass es einer zentralen Veranschlagung bei den Mitteln für die Informationstechnik bedarf, die vom zentralen IT-Dienstleister der Justiz bewirtschaftet werden. Die Mittel sind daher zentral bei Kapitel 04 210 Titel 538 64 veranschlagt worden.*

#### **Kapitel 04 220 - Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit**

./.

#### **Kapitel 04 230 - Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster**

Der Berichterstatter der AfD möchte wissen, wieso die Planstellen der Besoldungsgruppe R 2 im Jahr 2018 konstant bleiben, obwohl die Einnahmen aus der Vermögensabschöpfung andererseits steigen. *Antwort zu Protokoll: Die Zahl der Planstellen für Richter in der Finanzgerichtsbarkeit ist auskömmlich veranschlagt. Die Vermögensabschöpfung wirkt sich nahezu ausschließlich bei der Tätigkeit der Staatsanwaltschaften sowie bei den gerichtlichen Strafverfahren aus.*

#### **Kapitel 04 240 - Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte**

./.

#### **Kapitel 04 250 - Landessozialgericht und Sozialgerichte**

Der Berichterstatter der AfD möchte wissen, warum bei Titel 532 11 (Entschädigungen für Sachverständige) ein um rund 6 Mio. € geminderter Ansatz veranschlagt wurde. *Antwort zu Protokoll: In Erwartung eines Anstiegs der Verfahrenseingänge bei den Sozialgerichten aufgrund der besonderen Flüchtlingssituation wurde der Haushaltsansatz bei den Auslagen in Rechtssachen in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 deutlich erhöht. Entgegen dieser Erwartung ist der Anstieg der Verfahrenseingänge bei den Sozialgerichten bislang nicht eingetreten. Zugleich ist bei den Ist-Ausgaben der Gruppe 532 des Kapitels 04 250 eine zunehmend rückläufige Entwicklung zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Reduzierung des Ansatzes. Allgemein bleibt darauf hinzuweisen, dass die Auslagen in Rechtssachen einer Steuerung durch die Verwaltung entzogen sind.*

#### **Kapitel 04 410 - Justizvollzugseinrichtungen**

Die Berichterstatterin der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hinterfragt den Titel 422 02 (Bezüge und Nebenkosten der Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst). Wieso werden hier Reduzierungen bei den Stellen der BesGr. A 7 von 724 auf 694 vorgenommen? *Antwort zu Protokoll: Es wurde die Zahl der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst bedarfsgerecht reduziert. Dies führt allerdings nicht zu einer Reduzierung der Ausbildungszahlen. Begrenzender Faktor bei der Zahl der Anwärter im allgemeinen Vollzugsdienst sind die Kapazitäten der Justizvollzugsschule die regelmäßig vollständig ausgeschöpft werden.*

Außerdem möchte die Berichterstatterin wissen, ob in der Titelgruppe 60 Titel 547 60 (Sonstige Ausgaben für die Versorgung und Betreuung von Gefangenen) ausreichend Haushaltsmittel für die Bekämpfung des Salafismus einkalkuliert worden sind. *Antwort zu Protokoll: Der Ansatz bei der genannten Haushaltsstelle enthält auch weiterhin Mittel für die Salafismusprävention.*

#### **Kapitel 04 510 - Aus- und Fortbildungseinrichtung der Justizverwaltung**

./.

#### **Kapitel 04 900 - Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Ländern Preußen und Lippe des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen**

./.

#### **Beilage 01 Verpflichtungsermächtigungen**

./.

gez. Olaf Lehne MdL  
Hauptberichterstatter